

Gegründet  
1877.

Er erscheint täglich  
mit Ausnahme der  
Sonn- und Festtage.

Bezugspreis  
für das Vierteljahr  
im Bezirk und  
Nachbarortverfehr  
M. 1.25  
außerhalb M. 1.35.



Fernsprecher  
Nr. 11.

Anzeigenpreis  
bei einmaliger An-  
zeige 10 Pfg. je  
einzelner Zeile;  
bei Wiederholungen  
entsprechender Rabatt.

Reklamen 16 Pfg.  
die Textzeile.

Unparteiische Tageszeitung und Anzeigebblatt, verbreitet in den Oberamtsbezirken Nagold, Freudenstadt, Calw u. Neuenbürg.

Nr. 20.	Ausgabeort Altensteig-Stadt.	Samstag, den 25. Januar	Amtsblatt für Pfalzgrafenweiler.	1908.
---------	------------------------------	-------------------------	----------------------------------	-------

### Amtliches.

Bekanntmachung des Königs in Calw wurde seinem Ansuchen gemäß in den Ruhestand versetzt.

Die erledigten fünf Stellen ständiger Regierungsbaumeister im Bezirksamt der Straßen- und Wasserbauverwaltung wurden dem Regierungsbaumeister Fritz Belling in Cannstatt, Adolf Hauger in Ludwigsburg, Gustav Frösner in Oberndorf, Friedrich Baumler in Calw und Jakob Berstner in Ehingen übertragen.

### Oldenburg.

Der Zwiespalt, der zwischen Fürst und Land im Großherzogtum Oldenburg eingetreten war, ist beseitigt worden. Aber die öffentliche Meinung beschäftigt sich noch immer lebhaft mit der Angelegenheit, deren Verlauf auch für Fernstehende nicht ohne Interesse ist. Es handelt sich um folgendes: Als nach langer Krankheit die erste Gemahlin des Großherzogs Friedrich August im Jahre 1894 starb, Prinzessin Elisabeth von Preußen, eine Tochter des „roten Prinzen“ Friedrich Karl, hieß es in Hofkreisen, die Kaiserin habe ihrem Mann auf dem Sterbebette die Herzogin Elisabeth von Mecklenburg bereits als ihre Nachfolgerin namhaft gemacht. Und als diese im folgenden Jahre an der Seite des Großherzogs ihren Einzug in Oldenburg hielt, scholl der frische, liebenswürdige Prinz, der ein Auf von Vollständigkeit vorausging, lauter Jubel entgegen. Natürlich setzte sich die Großherzogin noch mehr in die Gunst der Oldenburger, die sonst nicht so leicht zu erobern ist, als sie dem Lande 1897 einen Sohn, den Thronfolger, schenkte und nachher noch 2 Prinzessinnen, Ingeborg Mir und Alburg. Der Großherzog stand damals auf der Höhe seiner Popularität, und als 1900 der alte Großherzog Peter starb und Friedrich August zur Regierung kam, schien das Land einer schönen Zukunft entgegenzugehen. Die Antrittrede des Großherzogs, in der das Wort vom Fürsten als ersten Diener des Staates sehr glücklich variierte, befähigte diese Zuversicht. Die ersten Schatten fielen auf dieses gute Verhältnis zwischen Fürst und Volk, als der Großherzog bald nach seinem Regierungsantritt eine Erhöhung seiner Zivilliste forderte, und zwar um 200 000 M. Nach langen Kämpfen nahm der Landtag mit nur einer Stimme Mehrheit die auf 145 000 M. gekürzte Forderung an. Dieser Umstand scheint eine tiefe Verflümmung bei dem Fürsten hinterlassen zu haben, die sich gelegentlich in unmutigen Worten Luft machte. So etwas fördert natürlich die Beziehungen nicht, im Gegenteil. Er hielt sich von nun an mit seinem Schiff länger außer Landes auf, als es sich mit den Wünschen der Oldenburger vertrat. Vorher schon, im Jahre 1900, hatte er die ihm staatsgrundgesetzlich zustehende Ordnung der Regentschaft für den Fall seines Ablebens während der Minderjährigkeit des Großherzogs dahin getroffen, daß der Großherzogin außer der Vormundschaft auch die Regentschaft zuziel bis zum 18. Jahre des Großherzogs. 1904 regelte dann der Großherzog die Thronfolge dahin, daß beim Erlöschen des Mannestammes seines Hauses nicht die russ. Linie, sondern der Herzog Friedrich Ferdinand von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg zur Regierung käme. Dem Landtag von 1906 legte dann der Großherzog zur Überlegung aller, die darum wußten, eine geheime Vorlage vor, wonach dem Glücksburger Herzog nicht nur die Thronfolge, sondern auch die Regierung vorgesprochen werden sollte. Da keine weitere Begründung vorlag, so öffnete dieser Versuch des Großherzogs, seiner Frau das einmal zugestandene Recht ohne ersichtlichen Grund zu nehmen, natürlich den tollsten Gerüchten Tür und Tor. Und da auch äußerlich das früher herrliche Verhältnis der Ehegatten als erkaltet bezeichnet werden mußte, so fragte man sich überall in eingeweihten Kreisen: Ist die Vorlage eine Folge des minder herzlichen Verhältnisses oder hat die Absicht, die Vorlage einzubringen, die Gefühle der Herrschaften gewandelt? Das fragt man sich auch heute noch vergebens. Tatsache ist, daß der Landtag nach monatelanger Verhandlung die Vorlage einstimmig ablehnte. Die Sitzung endete noch dramatischer, als vorausgesehen war. Der Großherzog ließ durch seinen ersten Minister erklären, daß er, nun der Landtag seiner wohlwollenden Absicht nicht folge, auch keine Verantwortung mehr habe, dem Lande den Vorstehenden der Ämterkommission zu stellen in der Person seines Vize-Oberstallmeisters v. Wendt. Diese Erklärung beantwortete der Landtag mit einem lauten Hohngeächter. Allerdings traf der Großherzog das Land damit an einer besonders empfindlichen Stelle: Herr von Wendt genoss das volle Vertrauen der gesamten Züchter des Landes, weil er für die Pferdezüchtung und für den Abfall des oldenburgischen

Pferds sehr viel getan hat. Der Großherzog genehmigte in gnädigster Form sein Abschiedsgesuch unter Verleihung des Komturkreuzes und des Titels Oberstallmeister. Und als die Züchter des Landes, über 300 Mann stark, eine Versammlung abhielten und eine Deputation mit der Bitte an den Großherzog schickten, ihnen v. Wendt doch zu lassen, da erklärte er, er sei dazu bereit, wenn der Landtag in die bekannte Vorlage willige! Im Landtag war natürlich die Erregung groß. Der Großherzog verlor sehr an Sympathie. Und allgemein machte man den Ministern (Willich, Ruffstrat I und II, letzterer wegen der Spielersache bekannt) den Vorwurf, daß sie diese Blamage Oldenburgs im Reich nicht verhindert hätten. Ehe sie die Vorlage einbrachten, deren Schicksal sie voraussehen konnten, hätten sie gehen müssen. Der Großherzog hätte keinen Minister gefunden, der diese Sache vertrat, und so hätte er sich beruhigt und dem Lande diese dieser Schlag erspart gelassen. Die größte Torheit beging das Ministerium dann noch, indem es die geheime Vorlage freigab — nun erst bemächtigte sich die Presse der Sache und der Sturm brach los. Inzwischen hat, wie bekannt, der Großherzog eingelenkt und in einer Depesche an den Sprecher der Züchterdeputation deren Bitten nachgegeben, Herrn v. Wendt an der Spitze der Ämterkommission zu lassen. Und unter der Hand hört man, der Großherzog werde auch darauf verzichten, die Regentenschaftsvorlage überhaupt einzubringen, jedoch alles beim Alten bleibt. Von einer Ministerreise kann unter diesen Umständen nicht mehr die Rede sein. Und so wird der Frieden zwischen Fürst und Land bald wieder hergestellt sein.

### Mißbräuche und schwere Schattenseiten der Konkurrenzklause.

Bekanntlich ist es allen Unternehmern und Geschäftsinhabern gestattet durch Vertrag ihren Angestellten zu verbieten, später oder noch innerhalb einer bestimmten Zeit bei den Konkurrenzgeschäften Stellung zu nehmen. Im Hinblick auf den möglichen Verrat von Geschäftsgeheimnissen und der Kundtschaft kann man solche Verträge mit der Konkurrenzklause mit einer vernünftigen Beschränkung gutheißen, aber in der harten Praxis und Allgemeinheit führen solche Klauseln doch zu großen Mißbräuchen und Härten. So führt die „Soziale Praxis“ zu der Frage aus, daß die Konkurrenzklause nicht ein besonderes Schutzmittel bilde, das mit Vorsicht anzuwenden ist, sondern sie gehöre zum allgemeinen Bestande der Anstellungsbedingungen. Von einer besonderen Gegenleistung gegenüber der ebenfalls ganz besonderen und schweren Belastung des an sich schwächeren Kontrahenten ist nie die Rede. Ganz kleine Hilfskräfte, männliche wie weibliche, Verkäufer und Verkäuferinnen, Lageristen, Kontoristen mit 60, 80, 100 Mark Gehalt, Personen, die ihrer ganzen Anlage und Tätigkeit nach gar nicht daran denken können, dem Hause durch Konkurrenzfähigkeit zu schaden, werden in ihrem weiteren Fortkommen auf diese Weise gebunden. Ja in den großen Warenhäusern Berlins hat man die Konkurrenzklause einfach als Personalsperre benutzt: nicht um die mögliche spätere Konkurrenzfähigkeit des Einzelnen zu verbieten, was doch allein Sinn und Zweck der Konkurrenzklause ist, sondern um zu erreichen, daß der neu aufsteigende Konkurrent überhaupt kein passendes Personal bekommt, also als Kampfmittel der Großen gegeneinander. Auch so ein Zug in der wirtschaftlichen Physiognomie unserer Zeit: Die Großen bekämpfen sich und als Mittel dazu, als „Material“ dienen die zwischen ihnen wehrlos treibenden Kräfte der Kleinsten und Schwächsten! Weiterhin kommt die „Soziale Praxis“ zu der Ansicht, daß die Klausel überhaupt unverwerlich sei, denn die Konkurrenzklause hat die Wirkung, solchen Menschen, die arbeiten wollen und müssen, die Arbeitsmöglichkeit und den Erwerb zu beschränken, ja zu verbieten, zwar nur auf einem bestimmten Gebiete, aber doch gerade auf dem Gebiete, auf dem diese Menschen zu arbeiten gelehrt haben. Sie will dabei die glücklichen Besitzenden in ihrem Besitze schützen, genau dasselbe Bestreben, welchem alle Zunftzählungen dienen. Beides paßt nicht mehr in die Anschauungen unserer Zeit hinein, die alle Kräfte sich entfalten lassen will, alle Kräfte, die zu nützlicher und kulturfördernder Arbeit tauglich sind. Gerade Handel und Wirtschaft sollen und wollen frei sein. Wie ist es da zu verantworten, daß die Angestellten unfrei gemacht werden dürfen? Die Angestellten haben in der Regel keinen anderen Besitz als ihre Kenntnisse und Fähigkeiten, also ihre Arbeitskraft. Das sind ihre einzigen Mittel, sich im Daseinskampfe hoch zu halten. Und

die Verwertung dieses einzigen Besitzes darf man den wirtschaftlichen Schwachen wegnehmen? Nicht auf Grund einer Gegenleistung, sondern unter Benützung des natürlichen Uebergewichtes einfach durch einen Federstrich? Die Konkurrenzklause ist also ein Unrecht. Die Volkswirtschaft als Ganzes hat kein Interesse an dem Weiterbestehen der Konkurrenzklause, denn diese bindet tüchtige Kräfte, die nutzbar werden könnten, bindet sie im Interesse einer Einzelwirtschaft, aber zum Nachteil der Gesamtwirtschaft. Folglich hat die Volkswirtschaft sogar ein Interesse daran, daß die Klausel verboten werde.

### Tagespolitik.

Die junge Volkspartei in Stuttgart hat in ihrer letzten Generalversammlung eine scharfe Resolution gegen die Blockpolitik angenommen. Es wird darin zum Ausdruck gebracht, daß die Stuttgarter Jungdemokraten nach der bekannten Erklärung des Reichskanzlers zur preussischen Wahlrechtsfrage die erste Voraussetzung, von welcher die Volkspartei bei der Beteiligung an der sog. Blockpolitik ausging, für beseitigt erachten, daß die Abgeordneten der Partei dem gegenwärtigen Reichskanzler gegenüber äußerstes Mißtrauen an den Tag legen und aus der veränderten Sachlage die Konsequenz ziehen müssen, innerhalb der Fraktionsgemeinschaft, aber ohne Rücksicht auf andere Parteien, an den Gesetzesvorlagen entsprechend den Forderungen des demokratischen Programms mitzuarbeiten.

Die Nationalliberalen haben im Reichstag eine Reihe von Resolutionen zum Etat eingebracht, worin gefordert wird, ein Gesetzentwurf über das Strafrecht hinsichtlich der Jugendlichen und Kinder, ein Gesetzentwurf über die einheitliche Regelung des Strafvollzugs, Ausdehnung der Gewerbeunfallversicherung auf alle Handelsgeschäfte, soweit sie mit Lagerungs- und Beförderungsbetrieben verbunden sind und auf die gesamte Tätigkeit dieser Betriebe, ausschließliche Benützung amtlicher Wahlurnen in den einzelnen Gemeinden, die dem Reiche zu liefern sind bei den Reichstagswahlen, endlich Einführung von 20 Pfennig-Stücken aus Nickel.

Der erweiterte Vorstand der freisinnigen Vereinigung hat beschlossen, in der Wahlrechtsfrage eine deutliche Mißtrauensäußerung an den Fürsten Bälou zu richten. Der geschäftsführende Ausschuss wird ermächtigt, je nach dem Ausfall der Kundgebung direkt zu entscheiden, ob und wann der Delegiertentag einzuberufen ist.

Die deutsche Flottenvorlage hat's manchem Engländer angetan. Er rief sofort nach einer weiteren Vermehrung der englischen Flotte. Die Regierung denkt aber nüchterner. Sie ist von Englands Vorsprung durch die „Fürchtenichts“-Niesenschiffklasse so fest überzeugt, daß sie beschlossen hat, für dieses Jahr hauptsächlich Kreuzer und Torpedobootzerstörer zu bauen, dagegen ein neues Programm für den Bau von Schlachtschiffen bis zum nächsten Jahr zu verschieben. Augenblicklich steht's mit neuen Schiffsbauten schlecht. Auf den Schiffswerten an den Häfen Tona und Tees im Norden Englands streifen etwa 10 000 Arbeiter zwecks Erreichung höherer Löhne.

Nach der „Kreuzzeitung“ verlautet von eingeweihter Seite, daß die Einbringung der neuen Steueranträge im Reichstage Ende Januar oder Anfang Februar erfolgen werde. Man schätzt die Zeit, in der diese Vorlagen ihre Erledigung finden werden, auf zwei Monate. In dieser Zeit würden dann die Eisenbahnvorlagen für die Schutzgebiete an die Öffentlichkeit kommen, die bereits fertig vorliegen. Hierfür werden einstmals nur 150 Millionen Mark verlangt. Diese Summe verteilt sich auf eine Zeit von ungefähr 12 Jahren. Der Ausbau des Eisenbahnnetzes soll zunächst nur in Ostafrika erfolgen und zwar ist die Fortsetzung der angefangenen Linien bestimmt in Aussicht genommen.

Eine neue Riantschau-Deutsche ist dem Reichstage zugegangen und von besonderem Interesse, weil Riantschau jetzt seit einem Jahrzehnt deutsch ist. Die Zeitschrift läßt den gewaltigen Aufschwung erkennen, den das

von China gepachtete Gebiet unter deutscher Verwaltung genommen hat. Der Gesamthandel hat einen Wert von 103 Millionen Mark erreicht. Die Zahl der Weißen ist auf 1484 und die der Chinesen auf 31 509 gestiegen. Eisenbahn, Post und Telegraph sind in erfreulicher Entwicklung begriffen. Soeben ist der Vertrag der chinesischen Regierung mit deutsch-englischen Finanzleuten vollzogen worden, der den Bau einer Bahn von Tientsin nach dem Jangtse sichert.

In Marokko hat der französische Oberbefehlshaber General d'Amade von seiner Regierung völlig freie Hand erhalten. Seine Hauptaufgabe ist, in der Gegend von Casablanca Ordnung zu schaffen. Klingt recht einfach, ist aber verzeufelt schwer! Außerdem sind in der Hauptstadt Fez Unruhen ausgebrochen. Die Angehörigen der Minister des entthronten Sultans Abdul Aziz, die für ihr Leben fürchten, sind in die Wüste von Driss geflüchtet. Nach einer Privatmeldung handelt es sich vornehmlich um Ausschreitungen Eingeborener gegen die Juden. Das jüdische Stadtviertel soll geplündert, zahlreiche Frauen und Kinder sollen in die Gefangenschaft geführt worden sein. Noch ehe geordnete Verhältnisse herrschen, soll General d'Amade die Erlaubnis zum Bau einer Eisenbahn von Casablanca nach Medina gegeben haben.

## Deutscher Reichstag.

Berlin, 23. Januar.

Als am Mittwoch Fürst Bälou und alle Regierungsvertreter den Saal verlassen hatten, begründete Abg. Fischer (Soz.) die sozialdemokratische Anträge. Er übte zunächst schärfste Kritik an der Ablehnung der Verantwortung seitens des Reichskanzlers. Wo ist denn die öffentliche Ordnung, die Rücksichtnahme auf den Verkehr am 25. Januar und 5. Februar v. J. gewesen? Haben nicht auch damals parteipolitische Agitationen auf der Straße stattgefunden, ohne daß man einschritt? Da sollte Fürst Bälou es doch lieber unterlassen, der Sozialdemokratie Moral zu predigen; es ist das die reine Heuchelei! (Präsident Graf Stolberg ruft den Redner zur Ordnung.) Weiter übt Redner Kritik an der Erklärung des Fürsten Bälou über die Wahlrechtsfrage im preussischen Abgeordnetenhaus. Was werden die süddeutschen Regierungen dazu sagen? In Süddeutschland herrscht ein weit freieres Wahlrecht als in Preußen! Und da jagt der oberste Beamte des Reiches: Die Uebertragung des Reichswahlrechts auf einen Einzelstaat widerspricht dem Staatswohl! Sein Wahlrecht kennzeichnet aber Preußen gerade als den rücksichtsvollsten Staat. Nach diesem Wahlrecht wählt z. B. in Altona der Polizeipräsident in der 3., die Vordellwirte dagegen in der 2. Klasse. Der Redner ruft er zu: wenn wir demonstrieren, so liegt die Schuld doch nur an Ihnen. Wir wehren uns gegen das Unrecht; Sie dagegen haben nichts für sich als die brutale Macht. Selbst das geheime Wahlrecht, das der bayerische Thronfolger, Prinz Ludwig, in öffentlicher Reichsratsitzung bekräftigt hat, verweigern Sie uns in Preußen. Gegenüber den staatsmännischen Worten des künftigen Königs — der Reichskanzler, der das Reichswahlrecht für unerträglich mit dem Staatswohl erklärt. Selten hat ein so großer Moment ein so kleines Geschlecht gefunden, wie der 10. Januar die Freisinnigen! Dabei war den Freisinnigen schon am Abend zuvor die Erklärung des Kanzlers bekannt gegeben worden. (Hört, hört!) Sie (nach rechts) verurteilen unsere Demonstrationen; aber sagen Sie mir doch, welches andere Mittel haben wir denn, um unsere Bestrebungen zu fördern? Das Schlimme ist, daß unsere Polizei, an den Kasernen gewöhnt, wild losgeht, wo sie nur das Kommando hört. Was muß, so schließt Redner, das Ausland denken, wenn es sieht, daß auf die größte Partei des Landes geschossen wird, wenn sie friedlich auf den Straßen demonstriert? Präsident Graf Stolberg ruft nachträglich den Redner zum zweiten Male zur Ordnung, wegen eines von ihm gebrauchten Ausdrucks: Polizei-Insamien. Abg. Kreth (kons.) lehnte ein Eingehen auf die Wahlrechtsfrage ab und betonte den Unterschied zwischen der Kundgebung vom 25. 26. Januar 1907 und den jetzigen Demonstrationen. Scharfe Kritik übte er an dem Verhalten der sozialistischen Führer. Die Sozialdemokraten unterbrachen ihn mit Rufen: Gemeinheit und Polizeifut! Die Ruhe konnte nur schwer wiederhergestellt werden. Abg. Graf Hompesch (Ztr.) betonte die Notwendigkeit, das Reichstagswahlrecht auf Preußen auszudehnen. Abg. Bassermann (natlib.) stand auf dem Standpunkt des Abg. Kreth. Abg. Träger (fr. Volksp.) beendete das Interesse des Reiches an der Angelegenheit, vertrat den Standpunkt seiner Partei in der Wahlrechtsfrage und wandte sich gegen die Sozialdemokratie. Erbrünte zu Hohenlohe-Langenburg (Npt.): Das preussische Wahlrecht ist nicht vollkommen; ich will mich darüber aber nicht äußern. Es entspricht dem Föderations-Charakter des Reiches, daß die verschiedenen Einzelstaaten verschiedene Wahlrechte haben. Das Reich darf auf wichtige Rechte der Einzelstaaten keinen Einfluß ausüben wollen. Die Streikdemonstrationen, durch die die Mehrheit von einer Minderheit terrorisiert wird, verurteilen wir, sie verfehlen auch ihren Zweck. Der Polizei ist man größten Dank schuldig, ebenso der Regierung dafür, daß sie rechtzeitig die Truppen konfignierte. (Beif. Beifall rechts.) Abg. Kille billigt die Erklärung des Reichskanzlers und erklärt, er würde sich als Landtagsmitglied jede Einmischung des Reichstags verbitten. (Schallende Heiterkeit, die fortbauert, als Redner die Tribüne verläßt. Später erst wurde bekannt, der herzleidende Abg. sei plötzlich erkrankt und habe in einem Tragtford nach seiner Wohnung geschafft werden müssen.) Abg. Schrader (fr. Vereinig.) tritt unter Berufung auf Bismarck für das Reichswahlrecht in Preußen ein. Die sozialdemokratischen StraßenDemonstrationen be-

weisen das politische Interesse an der Wahlrechtsfrage; ihre Veranstalter würden aber selbst erkennen, daß sie damit nichts ausrichten. Abg. Bayer (deutsche Volksp.): Ganz Deutschland hat ein Interesse an der preuss. Wahlrechtsfrage. Wir werden trotz der Erklärung des Fürsten Bälou nicht in die Opposition übergehen, aber aus der Erklärung künftig für jede einzelne Erklärung eine Lehre ziehen. Die Abgg. Korfanty (Pole) und Beckerle (Ell.) sprachen sich im Sinne der Interpellation aus, Abg. Zimmermann (Repart.) dagegen. Schluß gegen 7/7 Uhr.

Berlin, 24. Januar.

In der fortgesetzten Beratung des Scheckgesetzes konstatiert Abg. Arendt (Npt.) die günstige Aufnahme des Gesetzesentwurfes bei allen Parteien. Auch seine politischen Freunde stimmten dem Entwurf zu und würden auch auf Kommissionsberatung verzichten, wenn sie nicht von anderer Seite ange-regt werde. Was die Umlaufzeit betreffe, so dürfe sie nicht weiter ausgedehnt werden, als im Entwurf vorgesehen sei. Er lege Gewicht darauf, daß durch die Bestimmungen des Entwurfs eine Vordatierung des Schecks vorausgesetzt werde. Was die Postfischeks betreffe, so behalten sich seine politischen Freunde ihr Urteil vor, bis eine Vorlage eingebracht sei. Auf die Hauptfrage, auf die es eigentlich ankomme, auf die gesetzliche Regelung des Depositenwesens, sei man in der Debatte bisher nicht eingegangen. Die Reichsbank sollte verzinsliche Depositen annehmen; sie würde auch besser tun, wenn sie im Verkehr mit mittleren und kleinen Leuten von dem eisernen Bestand bei Giroverkehr absehe. Das Scheckgesetz sei ein kleines Mittel; es müssen aber durchgreifende Maßnahmen getroffen werden, um den Geldmarkt kräftig zu gestalten. Abg. Rämpf (fr. Vgg.) meint, der Abg. Arendt wolle die Silbermünzen so vermehren, daß sie nicht mehr den Charakter als Scheidemünzen haben. Ihre Zahlkraft solle so gesteigert werden, daß die Reichsbank in der Lage ist, ihre Noten in Silber einzulösen. Bezüglich des Scheckgesetzes müsse er sagen, das was man eigentlich bezwecke, sei ein Ueberweisungswesen. Der Scheck solle in den Fällen, in denen ein Ueberweisungskonto unnötig sei, ein Träger und Vermittler dieser Ueberweisungen sein. Der Redner spricht seine Befriedigung über den Entwurf aus und hofft, daß er dem Verkehr zum Segen gereicht. Abg. Gormann-Bremen (fr. Vpt.) bespricht die Vorlage an Hand einer Eingabe der Bremer Handelskammer und empfiehlt mehrere Anträge dieser Kammer zur Berücksichtigung in der Kommission. Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Arendt (Npt.) und Rämpf (fr. Vpt.) geht die Vorlage an eine 14gliedrige Kommission. — Es folgt die dritte Lesung des Gesetzesentwurfes betr. die Majestätsbeleidigungen. Nach kurzer Debatte wird das Gesetz endgültig gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. — Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes betr. die Haftung des Tierhalters.

Abg. Schmidt-Warburg (Zentr.) befürwortet einen Änderungsantrag seiner Partei, in welchem die Worte des Entwurfs: „Bei Beaufsichtigung des Tieres“ gestrichen werden sollen und die Ersatzpflicht des Tierhalters nicht eintreten soll, wenn er sonst im Verkehr die erforderliche Sorgfalt beobachtete. Staatssekretär von Nierberding bittet, die Worte: „Bei Beaufsichtigung des Tieres“ aufrecht zu erhalten. Stadthagen (Soz.): Die neue Fassung des § 833 komme lediglich den Wohlhabenden und Besitzenden zu gute. Der Antrag wegen des Hasenschadens stehe im engsten Zusammenhang mit dem § 833. Der Jagdberechtigte sei als Tierhalter im Sinne dieses Paragraphen anzusehen. v. Treuenfels (kons.): Ueber den Hasenschaden zu klagen, hätten die Sozialdemokraten keinen Grund. Wenn Wollensbuh den Agrariern skrupellose Begehrlichkeit vorwerfe, so kennzeichne das das Niveau seiner Partei und sein eigenes. Das sei eine gewissenlose Verleumdung. Vizepräsident Rämpf ruft den Redner zur Ordnung. Dieser verbeugt sich. (Heiterkeit.) v. Treuenfels bittet schließlich, die Vorlage unverändert anzunehmen. Von sozialdemokratischer Seite wird ein Antrag eingebracht, die Vorlage mit den Anträgen an eine Kommission zu überweisen. Hagenau (natl.) bittet, die Vorlage anzunehmen und die Amendements abzulehnen. Stolle (Soz.) tritt für eine Zwangsversicherung ein. Dove (fr. Vg.) meint, eine Kommissionsberatung würde durchaus am Plage sein. Staatssekretär Nierberding warnt vor einer Kommissionsberatung. Spahn (Zentrum) empfiehlt den Antrag seiner Partei. Schmidt-Warburg (Zentrum) tritt für Kommissionsberatung ein. Nach weiteren Bemerkungen Stadthagens wird ein Antrag auf Verweisung an eine 14gliedrige Kommission angenommen. Morgen Jüderverträge, sowie Maß- und Gewichtsordnung.

## Landesnachrichten.

Allensteig, 23. Januar.

### Zur Deffnung der Realschule für die Mädchen.

Unsere sog. Töchterchule, richtiger Mädchenmittelschule, an der nur 1 Lehrkraft wirkt, zählt 4 Jahresklassen und ist infolge dieser ungünstigen Organisation in ihren Leistungen beschränkt. In ihrem Lehrplan hat sie weder das Englische, das immer mehr an Bedeutung gewinnt, noch das Linearzeichnen, das z. B. eine Näherin zum Musterzeichnen braucht, auch das Französische nur in beschränktem Maße. Viele hiesige Bürger ziehen deshalb für ihre Mädchen die Realschule entschieden vor, in welcher letztere 5 Jahre Französisch, 2 Jahre Englisch (wöchentlich 4 Stunden) und 2 Jahre Linearzeichnen lernen. Eltern mit großem Kindersegen, die dem einzelnen Kinde kein großes Vermögen zu hinterlassen haben, werden darauf aus sein, ihren Töchtern, die sehr wahrscheinlich einmal ihr Brot selbst verdienen müssen, den Weg hierzu möglichst zu ebnen. Sie wollen also ihre Mädchen weder „zum Studium vorbereiten“ lassen,

noch denselben „eine höhere Laufbahn eröffnen“ sehen, sondern ihnen eine gute Schulbildung für ihren späteren Beruf, der sie ernähren soll, mitgeben. Denn wer Post- oder Eisenbahngeliffin, Buchhalterin, Lehrerin oder Gouvernante werden will, muß vor allem einen guten Schulfaß haben. In diesem Sinne haben sich mir schon viele hiesige Bürger geäußert; ferner weiß ich auch, daß im Gemeinderat mehr als 1 Stimme das Deffnen der Realschule für die Mädchen wünscht. Auch die staatliche Behörde in Stuttgart hat dagegen gar nichts einzuwenden. Das Eingehen der Mädchenmittelschule ist deswegen nicht zu befürchten; sicher werden in Allensteig in den Beamtenkreisen immer Eltern sein, die für ihre Töchter eine besondere Schule wünschen. Auch gingen die in Frage kommenden Mädchen durchaus nicht alle der Töchterchule ab, da viele Eltern ihre Mädchen in die Volksschule geben, falls sie nicht in die Realschule aufgenommen werden. —

In Betreff der wöchentlichen Schulstunden befindet sich der -n Korrespondent im Irrtum. Vergleiche ich die neuesten Lehrpläne der Volks- und Realschule, so finde ich sogar, daß der Realschüler in keiner Klasse mehr, in 2 Klassen sogar weniger Wochenstunden hat als der Volksschüler. Daß ferner Klagen über Ueberbürdung durch Hausaufgaben nicht mehr möglich sind, dafür hat die staatliche Behörde neuerdings auch geforgt. Ich glaube also, daß unsere Mädchen beim Besuch der Realschule keinen Schaden an ihrer Gesundheit nehmen würden. Der Eintritt in die für die Latein- und Realschule gemeinschaftliche Vorklasse kann den Mädchen schon jetzt nicht verweigert werden, da die Vorklasse zur Lateinschule gerechnet wird. Hat die Schülerin diese durchlaufen, erst dann hat sich der Vater für Latein- oder Realschule zu entscheiden. Wir hoffen, daß dann bis zum Frühjahr 1909 die Väter der Stadt den Wunsch der Bürgerschaft erfüllt und jenen Beschluß, der den Töchtern die Tore der Realschule verschließt, aufgehoben haben, was nur im eigenen Interesse der Stadt wäre; denn dadurch würde die Frequenz der Latein- und Realschule, die bis jetzt eine sehr mäßige ist, erhöht, also die großen Ausgaben der Stadt mehr ausgenützt.

Ueberberg, 23. Jan. Dem Bericht über den Vortrag über Gastpflicht gehalten von Oberinspektor Meßmer ist noch nachzutragen, daß auch im Mittelalter ein Gesetz für Gastpflicht bestanden hat. Ferner soll es heißen statt 60 Peltar 60 Morgen. Bei Sachschaden 100% Deckung von 10—15 000 M., prämiensfreie Police.

\* Nagold, 23. Jan. Der hiesige Fremdenverkehrsverein plant auf Frühjahr die Herausgabe eines Führers für Nagold und Umgebung.

I Tübingen, 23. Jan. (Busturm-Abbruch.) Wie das frühere Stadtschwimmbad der finanziellen Notlage hat seine Existenz opfern müssen, so ist jetzt auch der auf der Höhe des Spitzberges stehende Busturm wegen angeblicher Unsicherheit zum Verkauf auf den Abbruch ausgeschrieben worden. Von dem Turme aus hat so schon mancher Besucher der Stadt sich an einer umfassenden Altbauinsicht erfreut und zwar bis in die letzten Tage noch, obgleich der Besuch des Turmes eigentlich offiziell verboten war. Zu einem Neubau fehlen die Mittel.

I Stuttgart, 23. Jan. Der württemb. Bund für Handel und Gewerbe (G. V.) veranstaltete heute im Stadtgartenaal eine Protestversammlung gegen die Verteuerung des Telephon-Verkehrs. Der Referent Herr Gustav Kienle jr. hielt einen längeren Vortrag.

\* Stuttgart, 24. Jan. Gestern vormittag 11 Uhr wurde die im Hause der Fürstenstraße Nr. 4 im 3. Stock wohnhafte Glaserswitwe Marie Fuhr in ihrer Wohnung vor ihrem Bette liegend erwischt mit einem Anebel im Munde aufgefunden. Die Leiche war bereits erstarrt. Nach der Aussage der Mitbewohner muß das Verbrechen im Laufe des Vormittags, etwa zwischen 9 und 11 Uhr, verübt worden sein. Der noch unbekannt Täter hat sich nach Verübung des Verbrechens die Hände im Waschbecken gereinigt. Die Ermordete hinterläßt 4 Kinder, wovon 2 noch schulpflichtig sind, eine Tochter ist verheiratet, ein Sohn in der Fremde. Die Frau war übrigens nicht beraubt.

I Stuttgart, 23. Jan. Für weitere Kreise ist es interessant zu erfahren, daß in Zukunft von der Militärverwaltung den Soldaten die Puzmittel umsonst geliefert werden, was die Militärverwaltung allerdings 3 Millionen M. kosten wird. Von 1909 ab soll bekanntlich auch eine Erhöhung der Soldatenlohnung eintreten.

\* Kirchhausen, O. A. Heilbronn, 22. Jan. Der „hohe Bau“, ein früher vom Deutschen als Fruchtkasten benütztes, schon aus größerer Ferne sichtbares Gebäude, fiel gestern einem Brande zum Opfer.

I Schorndorf, 22. Jan. Ins hies. Bezirkskrankenhaus wurde ein etwa 3jähr. Mädchen eingeliefert, dem sämtliche 5 Zehen eines Fußes wegfielen, die wahrscheinlich abgefroren sind. Ob die Eltern eine Schuld trifft, wird die eingeleitete Untersuchung ergeben.

I Oberurbach, O. A. Schorndorf, 22. Jan. Ein Streif der Fortbildungsschüler ist hier ausgebrochen. Die Verlegung des Unterrichts auf die Zeit von 5—6 Uhr nachm. paßte den Burschen nicht und so verübten sie allerlei Unfug, beschimpften den Lehrer und verweigerten jegliche Antworten und Ausführungen der gestellten Aufgaben. Die Folge ist, daß jetzt täglich einige der renitenten Burschen ins Loch müssen. Beim Hauptgottesdienst am letzten Sonntag nahm der Ortsgeistliche Veranlassung, die Eltern auf das Treiben ihrer Söhne aufmerksam zu machen, wobei er betonte, daß manche Eltern ihre Kinder in ihrem ungeführten Wesen unterstützen. Da viele der Fortbildungsschulpflichtigen auswärts beschäftigt sind, geht ihnen jedesmal der Verdienst von 2 Stunden verloren.

**Ulm, 23. Jan.** In der gestrigen bis abends 10 Uhr dauernden Verhandlung, wurde die Ehefrau des Postkasseners Kuer hier wegen versuchter Vergiftung ihres Mannes zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt.

**Ulm, 23. Jan.** Oberamtsarzt Nagel hier ist zum Oberamtsarzt in Leonberg bestellt worden.

**Karlsruhe, 22. Jan.** In mehreren Zeitungen fand sich die Mitteilung, daß sich kürzlich auf dem Bahnhöfen der Schwarzwaldbahn zwischen Zimmendingen und Hattingen eine große Erdschicht geöffnet habe. Diese Erscheinung rührt daher, daß der Bahnschotter in einen Spalt des stark zerklüfteten Kalksteins, der die Unterlage des Gleises bildet, eingesunken ist. Das Schotterbett wurde sofort wieder ergänzt und Weisung gegeben, daß die fragliche Stelle einige Tage wieder vorsichtig befahren werde. Die Einsenkung dürfte mit der Donauversickerung in keinem Zusammenhang stehen. Da die Gleisstelle fortgesetzt überwacht wird, ist kein Anlaß zu Befürchtungen für die Sicherheit des Bahnbetriebs vorhanden.

**München, 23. Jan.** Der Expressier August Wöfel wurde zu 5 Jahren Zuchthaus, 3000 M. Geldstrafe und 10 Jahren Ehrverlust, die Ehefrau Wöfel zu 4 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

**Köln, 23. Jan.** Das hiesige Schwurgericht hat den Kaufmann Karl Otto Fröhlich aus Weida wegen eines am 15. Dezember v. J. an dem Geldbriefträger Abel in Köln versuchten Raubmordes zu 12 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt.

### Der Prozeß Hohenau-Lynar.

Vor dem Berliner Militärgericht begann am Mittwoch der Prozeß gegen den Generalleutnant z. D. Grafen Hohenau und den Major a. D. Grafen Lynar. Aus dem Verhör der Angeklagten ergab sich, daß Graf Hohenau, ein Sohn des verstorbenen Prinzen Albrecht Vater von Preußen, 1854 geboren und in zweiter Ehe mit der Prinzessin Margarethe zu Hohenlohe-Verhingen verheiratet ist. Er ist Vater mehrerer Söhne und Töchter. Graf Lynar ist 1859 geboren, mit der Gräfin Solms-Hohenfolms-Lich verheiratet und Vater zweier Söhne. Generalleutnant v. Hohenau ist angeklagt, weil er hinreichend verdächtig erscheint, im Jahre 1904 mit einem Polizeibeamten widernatürliche Unzucht getrieben zu haben,

ein Vergehen, das nach dem § 175 bestraft werden muß. Während sich die Anklage bei dem Grafen Hohenau auf diesen einen Punkt beschränkt, wird Graf Lynar mehrerer Vergehen beschuldigt, und zwar erscheint er mehrfach verdächtig, in Potsdam seine Dienstgewalt mißbraucht zu haben.

### Hohenau freigesprochen. — Lynar verurteilt.

**Berlin, 23. Jan.** Das Kriegsgericht erklärte den Angeklagten Generalleutnant Grafen Hohenau wegen der ihm zur Last gelegten Delikte für nicht schuldig und sprach ihn frei. Graf Lynar wurde wegen Mißbrauch der Dienstgewalt in rechtmäßigem Zusammenhang mit Beleidigung in vier Fällen mit einem Jahr drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte bei Graf Hohenau die Freisprechung und gegen Graf Lynar 1 Jahr 4 Monate Gefängnis beantragt. In der Begründung erklärte der Vorsitzende, daß die Beweisaufnahme wohl bewiesen habe, daß Hohenau ein zweifellos Vergehen zur Last fallen, die unsittlicher Natur waren, aber der Tatbestand weist nicht Merkmale auf, die zu einer Verurteilung nach § 175 ausreichen. Graf Hohenau sei also mangels erwiesener Schuld, nicht aber wegen bewiesener Unschuld freigesprochen. Für Graf Lynar lämen 6 Fälle des Mißbrauchs der Dienstgewalt gegen Untergebene (Burschen) und vier Fälle gleichzeitiger Beleidigung Untergebener in Betracht. Bei 5 Fällen seien als Tatbestand unsittliche Handlungen vorhanden. In einem letzten Fall aber wurde Anstiftung zur Beleidigung eines Vorgesetzten angenommen.

### Ein Förster ermordet.

**Berlin, 23. Jan.** Der Förster Schwarzenstein, ein biederer, allseits beliebter Weidmann, steht seit 25 Jahren im Dienst. Er bewohnt die Försterei Mägdelee, die auf dem halben Wege zwischen der Mühle Rahnsdorf und Friedrichshagen, nahe der Chaussee, gelegen ist. Gestern abend ging der Förster um 8 Uhr von zu Hause fort, ohne Gewehr, nur mit einem Stock bewaffnet. Er hatte sich zu einem wöchentlichen Stalabend nach dem Restaurant Paradiesgarten begeben, das etwa dreißig Minuten von seiner Wohnung entfernt liegt. Fröhlich und guter Dinge blieb er dort bis 12<sup>1/2</sup> Uhr nachts. Um diese Zeit machte er sich auf den Heimweg. 10 Minuten später fielen zwei Schüsse, die in der Försterei und im Restaurant deutlich gehört wurden. Der heutige Morgen brachte die schreckliche Auffklärung. Zwei Arbeiter der städtischen Wasserwerke in Friedrichshagen fanden abseits von der Chaussee, etwa 500 Meter von

der Försterei entfernt, den Förster in seinem Blute. Er war im Todeskampf mit dem Gesicht auf einen Wacholderstrauch gefallen und ist verblutet. Die erste Besichtigung ergab, daß er in gebückter Stellung niedergeschossen war. Er wurde von zwei Schüssen getroffen. Die tödlichen Kugeln sitzen ihm im Rücken, die eine höher, die andere tiefer. Der Tod war bei der Auffindung der Leiche längst eingetreten, denn diese war vollständig erstarrt. Die Leiche verbleibt bis zum Eintreffen der Gerichtskommission im Walde unter der Obhut der Gendarmen. Vom Täter fehlt bis jetzt jedwede Spur.

### Ausländisches.

**Rotterdam, 23. Jan.** Man neigt zu der Annahme hin, daß die vermischten Schiffbrüchigen größtenteils Engländer bzw. Deutsche sind, weil, sofern bis jetzt bekannt geworden ist, nur zwei Holländer darunter sind. Der Butterfabrikbesitzer Salomonsky aus Nymwegen ist der eine derselben. Man beklagt sich, daß an Bord der englischen Schiffe die Namen der Passagiere, ausgenommen diejenigen, welche sich Kajüten reservieren lassen, immer noch nicht in einem Register eingetragen werden, obgleich bei der Katastrophe der Berlin sich zeigte, wie grausam die Folgen der Unterlassung sein können. Unter den Vermissten ist wohl mancher, der am Bahnhofshalter eine Karte gelöst hat und als Unbekannter an Bord stieg. Die Reichsbehörde läßt nunmehr in Hoof größere Räumlichkeiten zur Aufnahme der Schiffbrüchigen einrichten, worin 30 Menschen Platz finden können. Sobald der Nebel nachläßt, wird ein Schlepper mit einem Arzt und Krankenpflegerinnen an Bord in See ziehen. Um 4 Uhr hing jedoch noch dichter Nebel.

**Goet van Holland, 23. Januar.** Nach Angabe der Harwic-Linie befinden sich in der fehlenden Schaluppe der Amsterdam 21 Personen. Die Schaluppe fährt Ruber, Segel und Kompaß. Wenn der inzwischen eingetretene dichte Nebel sich verziehen sollte, werden die Bemühungen zur Auffindung der Schaluppe im Laufe der Nacht fortgesetzt werden.

### Vorausichtliches Wetter

am Samstag, 25. Jan.:  
Trocken und kalt, teilweise rauh und windig.  
Am Sonntag, 26. Jan.:  
andauernd kalt und trocken.

—am Sonntag, 26. Jan.:  
am Montag, 27. Jan.:  
am Dienstag, 28. Jan.:  
am Mittwoch, 29. Jan.:  
am Donnerstag, 30. Jan.:  
am Freitag, 31. Jan.:  
am Samstag, 1. Febr.:  
am Sonntag, 2. Febr.:  
am Montag, 3. Febr.:  
am Dienstag, 4. Febr.:  
am Mittwoch, 5. Febr.:  
am Donnerstag, 6. Febr.:  
am Freitag, 7. Febr.:  
am Samstag, 8. Febr.:  
am Sonntag, 9. Febr.:  
am Montag, 10. Febr.:  
am Dienstag, 11. Febr.:  
am Mittwoch, 12. Febr.:  
am Donnerstag, 13. Febr.:  
am Freitag, 14. Febr.:  
am Samstag, 15. Febr.:  
am Sonntag, 16. Febr.:  
am Montag, 17. Febr.:  
am Dienstag, 18. Febr.:  
am Mittwoch, 19. Febr.:  
am Donnerstag, 20. Febr.:  
am Freitag, 21. Febr.:  
am Samstag, 22. Febr.:  
am Sonntag, 23. Febr.:  
am Montag, 24. Febr.:  
am Dienstag, 25. Febr.:  
am Mittwoch, 26. Febr.:  
am Donnerstag, 27. Febr.:  
am Freitag, 28. Febr.:  
am Samstag, 29. Febr.:  
am Sonntag, 30. Febr.:  
am Montag, 1. März:

**Altensteig-Stadt.**  
**Verkauf von aufbereitetem Nadelstammholz**  
im Wege des schriftlichen Auftritts (Submission)  
in 14 Losen aus Stadtwald Eynwald Abt. 13 Geiselhardt, Abt. 9 Misse, Abt. 2 Katbiegel, Abt. 7 Keschendranke, Abt. 14 Schnepfenteich, Abt. 15 Altholz:  
1) 1512 Stück Tannen und Fichten mit 905,79 Fm.  
und zwar:  
a) Langholz: I. Kl. 100,97 Fm., II. Kl. 112,95 Fm., III. Kl. 171,08 Fm., IV. Kl. 158,61 Fm., V. Kl. 230,05 Fm., VI. Kl. 25,75 Fm.  
b) Sägholz: I. Kl. 43,74 Fm., II. Kl. 41,27 Fm., III. Kl. 13,64 Fm.  
2) 162 Stück Fichten mit 183,57 Fm.  
und zwar:  
a) Langholz: I. Kl. 3,05 Fm., II. Kl. 55,37 Fm., III. Kl. 58,04 Fm., IV. Kl. 35,50 Fm., V. Kl. 12,18 Fm.  
b) Sägholz: I. Kl. 6,04 Fm., II. Kl. 12,40 Fm., III. Kl. 0,79 Fm.  
Angebote auf die einzelnen Lose in Prozenten der Taxpreise sind schriftlich und verschlossen mit der Aufschrift „Gebot auf Stammholz“ bis spätestens

**Samstag, den 1. Februar ds. Jb.**  
vorm. 10 Uhr

beim Stadtschulth. Amt hier einzureichen, woselbst vormittags 11 Uhr die Eröffnung stattfindet, welcher die Submittenten anwohnen können. Verkaufsbedingungen, Auszüge und Losverzeichnis können von der städt. Forstverwaltung bezogen werden.

Die Entfernung der Schlage von der Bahnsation Altensteig beträgt 14 Kilometer.  
Den 23. Jan. 1908.

**Stadtschulth. Amt:**  
Welfer.

**Schweine-Schmalz** garantiert reines echtes  
mit feinstem Erbsenölgeschmack in email. Blech fassen als:  
Eimer mit 20—35 Pfd. 4  
Ringhafen mit 15—20—35 „ 3  
Schwenkfessel mit 30—40—60 „ 2  
Teigbüffel mit 15—30—50 „ 1  
Wassertopf mit 20—40 „ 1  
sowie in 10 Pfd.-Dosen  
A. 6.20 geg. Nachn. od. Vorkauf.  
In Holzgeb. Preisl. zu Diensten.  
W. Venerlen junior  
Kirchheim-Teck 295 (Württ.)  
Viele Anerkennungs schreiben.

**N. Forstamt Altensteig.**  
**Stangen-Verkauf**  
am Donnerstag, den 30. Jan. vorm. 10 Uhr im grünen Baum in Altensteig aus Staatswald Buhler, Grashardt, Halmerswald, Schornhardt, Eichhalde und Glashardt.  
Fichten: 1831 Stangen, 1132 Hagstangen, 1322 Hopfenstangen, 148 Rebstecken; Tannen: 273 Stangen, 187 Hagstangen, 617 Hopfenstangen. Losverzeichnis durch das Kameralamt.

**Altensteig.**  
**Radsfahrer-Berein.**  
Heute Samstag abend 8 Uhr  
**Monatsversammlung**  
im Lokal, Besprechung der Faschnachtsfeier nebst einem köstlichen Gratissbier vom Lokalwirt.  
Zahlreiches Erscheinen notwendig.  
Der Vorstand.

**Altensteig.**  
**Mehel-Suppe**  
nebst gutem Doppelbier, wozu einladet  
Karl Luz  
z. Vinde.

**Altensteig.**  
frisch gewässerte  
**Stodfische** empfiehlt  
J. Kallenbach  
Seisenheberer.

**Edhausen.**  
**Langholz-Verkauf.**  
Am Donnerstag, den 30. Januar 1908  
nachmittags 5 Uhr  
verkauft die hiesige Gemeinde auf dem Rathaus im Wege der Submission aus dem  
**Gemeindewald Hardt**  
Abteilung III.  
Los Nr. 1 von Nr. 161—220.  
**Langholz:**  
5 St. I. Kl. mit 12,60 Fm., darunter 3 St. Fichten  
30 „ II. „ „ 45,74 „ „ 10 „ „  
22 „ III. „ „ 21,28 „ „ 11 „ „  
2 „ IV. „ „ 2,03 „ „ 0 „ „  
1 „ VI. „ „ 0,18 „ „ 1 „ „  
Los Nr. 2 von Nr. 221—303.  
4 St. I. Kl. mit 12,49 Fm., darunter 2 St. Fichten  
32 „ II. „ „ 47,27 „ „ 7 „ „  
40 „ III. „ „ 37,15 „ „ 13 „ „  
8 „ IV. „ „ 5,81 „ „ 4 „ „  
1 „ VI. „ „ 0,38 „ „ 1 „ „  
Abteilung IV.  
Los Nr. 3 von Nr. 304—390.  
2 St. I. Kl. mit 4,77 Fm., darunter 1 St. Fichten 1 St. I. Kl. 0,62 Fm.  
21 „ II. „ „ 30,35 „ „ 7 „ „ 1 „ II. „ 1,54 „  
43 „ III. „ „ 37,74 „ „ 7 „ „ 2 „ II. „ 0,91 „  
16 „ IV. „ „ 8,99 „ „ 4 „ „  
2 „ V. „ „ 0,91 „ „ 1 „ „  
Los Nr. 4 von Nr. 391—496.  
2 St. I. Kl. mit 5,03 Fm., darunter 1 St. Fichten 4 St. I. Kl. 3,41 Fm.  
30 „ II. „ „ 44,25 „ „ 12 „ „ 2 „ II. „ 1,06 „  
40 „ III. „ „ 36,05 „ „ 8 „ „  
17 „ IV. „ „ 10,73 „ „ 9 „ „  
8 „ V. „ „ 3,18 „ „ 3 „ „  
4 „ VI. „ „ 0,90 „ „ 4 „ „  
**Gemeindewald Reute:**  
Abteilung III.  
Los Nr. 5 von Nr. 1—60.  
4 St. I. Kl. mit 9,13 Fm., darunter 3 St. Fichten  
19 „ II. „ „ 28,16 „ „ 8 „ „  
23 „ III. „ „ 20,66 „ „ 4 „ „ 1 St. III. Kl. 0,92 Fm.  
10 „ IV. „ „ 5,68 „ „  
2 „ V. „ „ 0,79 „ „  
1 „ VI. „ „ 0,19 „ „ 1 „ „  
Los Nr. 6 von Nr. 61—107.  
2 St. I. Kl. mit 5,42 Fm., darunter 2 St. Fichten 1 St. I. Kl. 0,76 Fm.  
20 „ II. „ „ 32,72 „ „ 10 „ „  
13 „ III. „ „ 13,60 „ „ 3 „ „  
4 „ IV. „ „ 2,47 „ „  
3 „ V. „ „ 1,73 „ „  
4 „ VI. „ „ 1,23 „ „ 1 „ „  
Offerten wollen für jedes Los besonders eingereicht werden.  
Den 23. Januar 1908.  
**Schultheißenamt:**  
Dengler.

# Gewerbeverein Altensteig.

## Die General-Versammlung

findet am  
**Sonntag, den 26. Januar ds. Jrs.**  
nachmittags 4 Uhr

im Gasthof zum „Stern“ hier statt.  
**Tagesordnung:**

Kassenbericht und Bericht über die Tätigkeit des Vereins.  
Wahl des Vorstandes und des Ausschusses.  
Verkauf gebrauchter Zeitschriften.  
Anträge aus der Versammlung.

Der Ausschuss.

## Am Sonntag, den 26. Januar

### homöopathische Verein

# Jahresversammlung

von nachmittags 4 Uhr an seine  
im Gasthaus zur „Krone“ hier ab.  
**Tagesordnung:**

1. Rechenschaftsbericht.
  2. Wahlen.
  3. Bericht über die Jahresversammlung des Landesvereins.
  4. Sonstige Vereinsangelegenheiten.
- Zahlreiches Erscheinen ist dringend erwünscht.

Der Vorstand.

## Prima Webgarn

rohweiss, indigoblau, echt'rot

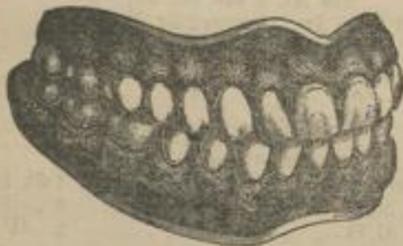
— **Wollenes Webgarn** —

(Wirkungsgarn)

empfehle billigst

**Gustav Wucherer.**

Zahnplombieren—Zahnoperationen—Zahnersatz.



**Dentist R. Renz**

Altensteig

wohnhaft bei Gerber Scholder.  
Sprechstunden: 9—12 u. 2—5 Uhr.

Altensteig.

## Lehrlinge und Lehrlingmädchen

für Bijouterie- und Kettenfach

werden unter günstigen Bedingungen angenommen.

Silberwarenfabrik

**Lutz & Weiß.**

Gesuche sind zu richten an

**J. Maisenbacher.**

## Altensteig.

### Sonntag mittags 3 Uhr

# Rekruten-

## Versammlung

im „Löwen“.  
Zahlreiches Erscheinen erwartet  
der Vorstand.

Erzgrube.  
Sonntag, 26. Januar



im „Bären“.

Eggenhausen.  
Wegen Aufgabe der Zucht habe  
noch abzugeben 5 Stück

**harzer hahnen**  
gute Sänger, sowie einige  
**Einjakfäße.**  
Chr. Dengler.

Oberkollwangen.  
**Verlaufen**  
hat sich ein junger  
**weißer Spitzer.**  
Um sachdienliche Mitteilung wird  
gebeten.

**Jakob Genth jun.**

Walddorf.  
50 Zentner gutes  
**Heu und Oehmd**  
verkauft  
**Otto Walz.**

## Mädchen-Gesuch

Suche auf 1. April, eventl. auch  
früher ein braves, tüchtiges Mä-  
dchen, welches Kochen kann und die  
Hausarbeiten besorgt. Lohn nach  
Uebereinkunft. Behandlung sehr gut.

**Frau Dr. Schmid**  
Liebenzell.

## Gutes unbereinigtes

# Wiesenheu

sowie gesundes  
**Weizen- und Gerstenstroh**  
hat gegen Barzahlung zu verkaufen  
**Oskar, Gutspächter**  
Dürrenhardt  
Post u. Stat. Gündringen.

Altensteig.  
Ein größeres Quantum gut ein-  
gebrachtes

**Heu & Oehmd**  
hat zu verkaufen  
**Gottlob Theurer.**

**Krampfhuften**  
sowie chronische Katarre, finden  
rasche Besserung durch Dr. Linden-  
meyer's Salus-Bonbons.

In Beut. à 25 u. 50 Pfg. u. in  
Schachteln à 1 M. bei Conditor  
**C. Schumacher's Witw.**

**Krachbriefe** sind zu haben in  
der Kiefer'schen  
Buchdruckerei.

**Kirchliche Nachrichten.**  
Sonntag, 26. Januar. 1/4 10  
Uhr Predigt Ebr. 3, 12—15.  
Lied: 411. 1/2 2 Uhr Christen-  
lehre: Mädchen 4. Bitte. 3 Uhr  
Bibelstunde im Saal der Gemein-  
schaft. Mittwoch abend 1/2 8 Uhr  
Bibelstunde im Saal der Gemein-  
schaft.

**Methodisten-Gemeinde.**  
Sonntag vorm. 9 1/2 Uhr Predigt,  
12 Uhr Sonntagschule, ab. 7 1/2 Uhr  
Predigt. Donnerstag ab. 8 Uhr  
Bibelstunde.

Kath. Gottesdienst in Altensteig.  
Montag vormittag 9 Uhr.

## Eggenhausen-Böfingen.

# Hochzeits-Einladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung beehren wir uns,  
Verwandte, Freunde und Bekannte auf  
**Donnerstag, den 30. Januar ds. Jrs.**  
in das Gasthaus zum „Ochsen“ in Eggenhausen  
freundlichst einzuladen.

**Jakob Wurster**

Gipser, Sohn des  
† Jakob Wurster, Bauers  
in Eggenhausen.

**Maria Randecker**

Tochter des  
Gottlieb Randecker, Schuh-  
machers in Böfingen.

Kirchgang um 11 Uhr in Eggenhausen.

Wir bitten, dies statt jeder besonderen  
Einladung entgegennehmen zu wollen.

Altensteig.

## Wollene und baumwollene

# Strickgarne

† sehr billig und in grosser Auswahl †

bei

**Gustav Wucherer.**

Altensteig.

Habe mein Lager in

# Ellenwaren

wieder reichlich sortiert und empfehle solches zu äußerst billigen  
Preisen

wie:

Baumwollene und wollene  
Aelder- und Blusen-Stoffe  
Bemdenflanelle, † wollene  
Flanelle, Unterrockflanelle,  
wollene Bett-Tücher usw.  
Bettzeugle, † Bettbarhent,  
Piqué u. Pelzpiqué, Schurz-  
zeugle, Möb-Stoffe, Futter  
† † † † aller Art † † † †

sowie alle dazu gehörigen Auspuhartikel.

Um geneigte Abnahme bitte ich höflichst

**Fr. Adrion Witwe.**

# Zahnatelier

VON

**E. Saiber, Zahntechniker**

Pfalzgrabenweiler an der Altensteigerstrasse

☞ Sprechstunden jeden Tag. ☞

Zahnoperationen, künstl. Zahnersatz, Plomben etc.

Altensteig.

Circa 100 Ztr. gut eingebrachtes

**Heu**

(Ackerfutter) hat zu verkaufen  
**Jakob Schwarz**  
Bäder und Wirt.

Altensteig.

**Lehrmädchen**

zum Kleider- und Weisnähen  
sucht

**Chr. Adrion.**